

Wossifische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein, Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600-3665, Fernverkehr: Dönhoff 3600-3698, Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin, Postcheck-Konto: Berlin 600, Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamteinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin, Anzeigen-Preis: mm-Zeile 35 Pfennig, Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig, keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer, Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. ^(Anwärter) 15 Pf.] Nr 79

DIENSTAG, 16. FEBRUAR 1932

ABEND-AUSGABE

Hindenburg spricht

Empfang des Sahn-Ausschusses — Mehr als drei Millionen Eintragungen — Offizielle Annahme-Erklärung der Kandidatur

Seute in der am 10ten Februartagsstunde empfang Reichspräsident von Hindenburg die Deputationen der in den Vöndern Preußen, Bayern, Württemberg und Sachsen gebildeten Hindenburgauschüsse, und zwar Oberbürgermeister Dr. Sahn, Reichspräsidentenpräsident a. D. Dr. Simons, Regierungspräsident a. D. von Winterstein, Oberl. Richter, Dr. Robert Wolff, General von Maier und Oberbürgermeister Dr. Müller. Oberbürgermeister Dr. Sahn richtete an den Reichspräsidenten folgende Worte:

„Der Reichspräsident, seit fast sieben Jahren betrieuen Sie die höchste Würde, die das deutsche Volk zu vergeben hat. Auch der Reichsvorstand nach Deutschland in wenigen Wochen erneut feinen Reichspräsidenten wählen. Zur Vorbereitung der Wahl hat sich ein überparteilicher Reichsaussschuß unter meinem Vorsitz gebildet, in dem alle Schichten des deutschen Volkes vertreten sind. Für diesen Aussschuß stehen heute vor Ihnen Vertreter aus den drei wichtigsten Vöndern des Reiches, die Ihnen für die Vereinstüftung, sich für die Wahl zum Reichspräsidenten erneut zur Verfügung zu stellen, danken wollen. Damit haben Sie Ihrer Berufung vom 12. Mai 1925, aber überparteilichen Zusammensetzung aller arbeitenden und aufbauenden Kräfte des deutschen Volkes zu dienen“ neue Kraft verliehen.

Der vom Hindenburg-Aussschuß erlassene Aufruf trägt die Unterschrift von namhaften Vertretern des religiösen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens. Welt hinwegend über die gesamte Bevölkerung von 20 Millionen für einen von den Parteien unabhängigen Wahlvorschuß, haben in kürzester Zeit drei Millionen deutscher Männer und Frauen aus Stadt und Land ihren Wunsch zu erkennen gegeben, daß Sie, hochverehrter Herr Reichspräsident, in der jetzigen politischen und wirtschaftlichen Bedrängnis der deutschen Nation als berufener Führer erhalten werden sollen. Unabhängig von jeder Organisation des handlichen und parteilichen Lebens ist dieser Wille bekräftigt worden.

Millionen Deutscher erbliden in dem Namen Hindenburg die wohlüberlegte und dem Parteigegensatz, das Einbild der Volksgemeinschaft, die Führung in die Freiheit, die Erfüllung von der wichtigsten Saft der Arbeitsfähigkeit. In Ausführung des Willens breiter Volksschichten bitte ich Ihre Excellenz somit, Ihr Einvernehmen zu erklären, daß Ihr Name für den Wahlvorschuß für die Reichspräsidentenwahl gesetzt wird.“

Reichspräsident von Hindenburg erwiderte darauf mit folgenden Worten:

„Zunächst danke ich Ihnen, Herr Oberbürgermeister, herzlich für die an mich gerichteten freundlichen Worte. Wie

ich in meiner gestern abgegebenen öffentlichen Erklärung bekräftigt habe, bin ich bereit, eine etwaige Wiederwahl anzunehmen. Ich handle dabei nicht aus persönlichem Ehrgeiz, sondern im Bewußtsein meiner Verantwortung für Deutschland und im Geseß für meine Pflicht.

„Sie, meine Herren, sehen hier vor mich nicht als Vertreter einer Partei, sondern als Angehörige der verschiedensten Berufsstände und politischen Richtungen aus allen Teilen Deutschlands. Daß Ihr Ruf an mich nicht ausgeht von einer bestimmten Partei oder Interessentengruppe, sondern von zusammenfassenden Aussschüssen aus den verschiedensten Schichten des Reiches, hat meine Entscheidung wesentlich erleichtert.

„Ich erkläre Ihnen daher mein Einvernehmen dazu, daß mein Name auf den von Ihnen vorbereiteten Wahlvorschuß für die Reichspräsidentenwahl gesetzt wird und ich hoffe, so mit meiner letzten Kraft dem dienen zu können, was mir in meinem langen Leben stets hoch und heilig war: dem Vaterland.“

Reichspräsident von Hindenburg übergab dann Oberbürgermeister Dr. Sahn die von ihm unterzeichnete Zustimmungserklärung, die folgenden Wortlaut hat:

„Ich erkläre hiermit, daß ich die Aufnahme meines Namens in den Wahlvorschuß Hindenburg für die Reichspräsidentenwahl 1932 zustimme.

(ges.) von Hindenburg.“

Oberbürgermeister Sahn, der heute von dem Empfang der Deputation den Vertretern der Presse Kenntnis gab, erklärte, daß er noch unter dem Eindruck der großen historischen Stunde stehe, die für das ganze deutsche Volk bedeutungsvoll sei. Er sei überzeugt, daß mit der gestrigen und heutigen Kundgebung Hindenburgs Millionen von Deutschen aufwachen und feinen Entschluß, sich dem Vaterland in schwerer Zeit wiederum zur Verfügung zu stellen, mit Dankbarkeit begrüßen werde.

Oberbürgermeister Sahn erklärte noch, daß nunmehr die Tätigkeit des Hindenburg-Aussschusses zu dem Abschluß gekommen sei. „Wir alle wissen — so schloß der Oberbürgermeister — wie groß das Opfer ist, das der Herr Reichspräsident mit feinem Entschluß dem deutschen Volk gebracht hat. Wir wünschen, daß das deutsche Volk die Größe dieser Stunde erkennen werde und sich in den kommenden Wochen dieses Opfers Wert zeigen möge.“

Die dritte Million überschritten

Wie Oberbürgermeister Dr. Sahn in feiner an anderer Stelle wiedergegebenen Ansprache an den Reichspräsidenten von Hindenburg mitteilte, hat die Zahl der Eintragungen in die Hindenburglisten die dritte Million bereits überschritten, ohne daß bisher ein abschließendes Ergebnis vorliegt.

Die Bedeutung dieser Figur liegt besonders darin, daß dem Hindenburg-Aussschuß keinerlei Parteielle Organisation zur Verfügung stand. Er hatte feinen Parteiparagrafen und konnte auch feine amtliche Eintragungsgesetze in Betracht nehmen, so daß die erreichte Ziffer auf den spontanen Entschluß der Wähler, nicht auf irgendwelche Beeinflussung zurückzuführen ist.

Oberbürgermeister Sahn sprach die Erwartung aus, daß das deutsche Volk sich in den nächsten Wochen Hindenburgs würdigen erkennen werde, und daß es den jetzt schon gefundene 3 Millionen Eintragungen bei der Wahl selbst viele Millionen hinzu kommen werden.

Vaterlandsliebe und Pflichtgefühl

Wie von den letzten großen Vöndern Tageszettungen bringen Zeitungsartikel anlässlich der von der ganzen Presse aussschließlich wiedergegebenen Erklärung Hindenburgs zu feiner Kandidatur. Die „Z. m. o.“ schreiben: „Niemand hätte dem alten Feldmarschall-Präsidenten einen Vorwurf daraus machen können, wenn er beschlossen hätte, die schwere Bürde, die er so lange getragen hat, nieherzulegen. Glücklichlicherweise haben feine Vaterlandsliebe und feine harte Pflichtgefühl ihn bewegen, auf die volkreicherliche Weise zu verzichten.“ Daß mehr als 2½ Millionen deutscher Bürger in zehn Tagen den Hindenburg-Aufruf des Berliner Oberbürgermeisters unterschrieben haben, ist der Beweis für die Ber-

Wiener Erklärung an die Mächte

Verhandlungen über eine wirtschaftliche Annäherung

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WIEN, 16. FEBRUAR

Bundeskanzler Dr. Buresch hat heute die Gesandten Deutschlands, Englands, Frankreichs und Italiens zu sich gebeten und ihnen folgende Mitteilungen gemacht:

Die österreichische Regierung hat bei den Verhandlungen mit dem Nationalrat betont, daß Österreich unbedingt eine Erweiterung feines wirtschaftlichen Arbeitsraumes bedarf. Zufriedenlich wird dieser durch die Mitteilungen der Weltwirtschafts-Konferenz und der beizugleichenden Maßnahmen, die die meisten Staaten unter dem Einfluß der Krise ergreifen, immer mehr eingetrag.

Die österreichische Regierung erklärt deshalb gemäß ihrem wiederholt ausgesprochenen Grundbild und den Empfehlungen des Finanzkomitees des Vönderrates, daß sie mit allen Nachbarstaaten und mit allen Staaten, die dazu bereit sind, in Verhandlungen über eine wirtschaftliche Annäherung einzutreten wünscht. Woher immer alle Verträge, die in dieser Richtung unternommen wurden, an politischen Schwierigkeiten gestohret. Jetzt aber ist es eine Lebensnotwendigkeit für Österreich, daß solche Verhandlungen stattfinden und zu positiven Ergebnissen führen.

Zu dieser Erwartung ist die österreichische Regierung überzeugt, daß die Regelung der Einfuhr, zu der sie sich durch die gegenwertigen Verhältnisse genötigt sieht, nicht dazu führen wird, den Handelsverkehr mit dem Ausland zu gefährden. Diese Maßnahme entspricht weder den Absichten der Regierung noch den Absichten Österreichs, dessen Wirtschaft sich nicht durch gegenwertige Bedrängnisse entwickeln kann, sondern im Gegenteil zu ihrer Rekonstruktion dringend einer größeren Bewegungsfreiheit bedarf. Wir sind, wie unsere Verhandlungen auf finanziellen Gebiet und auf dem des Währungs- und Kreditwesens beweisen, fest entschlossen, aus eigener Kraft und mit großen Opfern über die gegenwertige schwere Krise hinwegzukommen. Aber wir bedürfen dazu ein Mindestmaß an wirtschaftlichen und finanziellen Entgegenkommen der anderen Staaten.

Der Bundeskanzler erlaubte die Gesandten, ihren Regierung von vorliegenden Mitteilungen Kenntnis zu geben und die Absichten, die Verhandlungen der österreichischen Bundesregierung in weitestgehendem Maß zu fördern. Bei dem sich anschließenden Diplomateneintrag machte der Bundeskanzler den ergebnissen Vertretern der anderen Staaten Mitteilungen im gleichen Sinn.

*

Die vorstehende Mitteilung der österreichischen Regierung an die Vertreter der fremden Mächte, die aufsehend aus dem diplomatischen Korps überaus fehm ist, ist vor allem darauf zurückzuführen, daß das Wiener Kabinett entschlossen ist, um unzulässigen Bestimmungen der Weisungen-Ordnung abzugehen und ein Einvernehmen mit den Mächten zu schaffen. Die Berufung auf den Vönderrat bedeutet die Antizipation an jene Empfehlung des Finanzkomitees, in der den Nachbarstaaten Österreichs nahegelegt wurde, österreichische Vönderratsungen zum Schutze des Schillings, also bevorzogene Einfuhrverbote oder Kontingenteneinrichtungen, nicht mit Preisprellungen zu beantworten. Von einem Einfuhrbewilligungs-Verfahren kann sich Österreich nicht viel versprechen, weil das Ausland auf die österreichischen Aussschüßern im allgemeinen viel leichter verzichten kann als Österreich auf die ausländische Einfuhr.

Nach der Wiener Darstellung sollen die Verhandlungen über eine wirtschaftliche Annäherung an feinerlei politische Kombination getnußt werden. Es ist auch nicht beabsichtigt, die Verhandlungen mit den einzelnen Mächten auf einer einheitlichen Basis zu führen. Je nach den besonderen Voraussetzungen könnte das Preisereignissen in Anwendung gebracht oder eine Vereinbarung über ein bestimmtes Vertragskontingent getroffen werden.

Die Hoffnungen auf einen Erfolg der Aktion sind nicht hoch gespannt. Denn fast alle Staaten, die hier zur Hilfe aufgerufen werden, um Österreich die wirtschaftliche Existenz zu ermöglichen, leiden selbst unter der wirtschaftlichen Krise. Immerhin ist zu erwarten, daß der Einfluß einzelner Großmächte bei den Verhandlungen Österreichs geltend gemacht wird, um sie zu einem Entgegenkommen gegenüber Österreich zu veranlassen.